



Stop Willy now!

Handelsblatt

Die vorläufige Ausgabenperre von insgesamt 2,6 Milliarden, auf die sich das Finanzkabinett in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten schließlich verstand, wird kaum ausreichen, den Boom bei Investitions- und Konsumgütern abzukühlen. Denn selbst bei dieser Kassenreserve wachsen die Bundesausgaben fast so stark wie das Volkseinkommen: um 8,8 Prozent.

Mit antizyklischer, das heißt gegen den Konjunkturausschlag gerichteter Haushaltspolitik haben die Beschlüsse nichts zu tun. Zwar können sich Brandt und sein Finanz-Möller auf gesetzliche Verpflichtungen aus der Vergangenheit berufen: Auch ohne die neue Regierung hätte der Etat 70 (91,7 Milliarden Mark) den Abschluß 69 (82 Milliarden) erheblich übertroffen. Mehrausgaben für neue Aufgaben wie Bildung (Erhöhung der Ansätze um 40 Prozent) und Verkehr (16 Prozent) — so entschuldigte Möller seinen Rekordetat — würden den Etat nur mit knapp sechs Milliarden Mark belasten.

Und auch der Bundesrat, die Vertretung der Länder, will der Linkskoalition eine vertretbare Haushaltsführung erschweren. Die von Parteichristen geführten Länder lehnten eine Regierungsvorlage ab, die den Kriegsoffern noch vor Weihnachten für das nächste Jahr fast eine Milliarde Mark Rentenerhöhung beschert hätte. Die christdemokratischen Länderfürsten wollten mehr. Möller: „Es ist nicht vertretbar, wenn die CDU/CSU den Bundesrat als verlängerten Arm der Opposition mißbraucht.“

Selbst wenn Brandts „richtige Männer“ (SPD-Wahlslogan) diese Obstruktion der Unions-Parteien abwehren können, stehen ihnen die größten Schwierigkeiten noch bevor: Deutschlands Unternehmer sind entschlossen, die überhöhten Profite des heißen Jahres 1969 zu konservieren.

Mit drastischen Preiserhöhungen wehren sie alle Versuche der nach den September-Streiks aufgeschreckten Gewerkschaftsführer ab, den Arbeitern doch noch ihren Anteil an der von Schiller versprochenen sozialen Symmetrie zu verschaffen.

Keinesfalls können die Koalitionspartner den Anspruch erheben, sie würden der 1970 erwarteten Preis-Springflut mit einem Sparhaushalt entgegentreten. Auf Beifall der Kon-

junkturforscher dürfen sie nicht rechnen.

So warnte der scheidende Bundesbankier Karl Blessing: „Die bisher bekanntgewordenen Haushaltspläne für 1970 lassen nicht zuletzt wegen der bevorstehenden starken Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst befürchten, daß sich die öffentlichen Haushalte 1970 eher prozyklisch als antizyklisch verhalten werden.“

Die Frankfurter Währungshüter befürchten für das nächste Frühjahr die größte Inflationswelle der Nachkriegszeit: „Schon die in den letzten Wochen öffentlich bekanntgewordenen Preiserhöhungen durch Industrieunternehmen lassen erwarten, daß die Erzeugerpreise industrieller Produkte im März 1970 um etwa 4,5 Prozent höher sein werden als ein Jahr zuvor.“ Hinzu kämen noch „zahlreiche weitere, bisher öffentlich nicht bekanntgewordene Preiserhöhungen.“

Der Finanzminister kann noch nicht einmal sicher sein, daß sein Etat den Januar ohne neue kostspielige Korrekturen überstehen wird. In den Tarifverhandlungen für Beamte, Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes hat Gewerkschaftschef Heinz Kluncker eine von Innenminister Genscher angebotene Lohn- und Gehaltsaufbesserung von 9,5 Prozent als unzureichend abgelehnt.

Ermuntert durch eine Offerte der oppositionellen CDU/CSU, die Müllkutschern und Amtsboten, Stadtgärtnern und Staatssekretären zwölf Prozent mehr Einkommen zugestehen will, drängen die Arbeitnehmer auf höhere Zuwachsraten. Jede Bundeskonzession von einem Prozent erleichtert indes die Staatskasse um fast 200 Millionen Mark. Möller über die Oppositionsstrategie: „Ich halte die Äußerungen der CDU für absolut unverantwortlich.“

Da hohe Lohnforderungen aber die Industriebosse zu neuen Preisaufschlägen animieren, will Wirtschaftsminister Schiller die Unter- und Arbeitnehmer zu einem Stillhalteabkommen bewegen.

Noch bevor er bei Kanzler Brandt um Weihnachtsurlaub einkam, wies er seine Beamten an, alarmierende Meldungen über angeblich geplante Erhöhungen der Investitionsteuer sowie der Lohn- und Einkommensteuer in die Nachrichtenkanäle zu pumpen.

Schillers Weihnachtsbotschaft kann indes rechten Glauben nicht finden. Der von der Grippe kaum genesene Minister weiß, daß vor den entscheidenden Landtagswahlen in Hamburg (März 1970) und Nordrhein-Westfalen (Juni 1970) ein sozialdemokratischer Kanzler sich zu allgemeinen Steuererhöhungen nicht wird entschließen können.

AMNESTIE

Im Kasinoton

Zum zweitenmal ließ Willy Brandt eine Chance aus, noch in den ersten hundert Tagen seiner Regierung die jüngste Vergangenheit zu bewältigen.

In seinem weihnachtlichen Friedens-Appell an die jungen Deutschen fand sich der Kanzler nicht dazu bereit, das politisch notwendige — und nach der Ansicht seines liberalen Innenministers Hans-Dietrich Genscher auch juristisch vertretbare — Amnestie-Gesetz noch vor der Jahreswende im Bundestag einzubringen.

Statt dessen stellte er auf Druck der Law-and-Order-Fraktion seines Kabinetts ein Junktim her zwischen der Neufassung des Demonstrationsrechts und dem Erlaß eines Amnestie-Gesetzes. Der Kanzler vertröstete die rund 10 000 strafbedrohten Demonstranten auf unbestimmte Zeit; denn noch ist nicht abzusehen, wann das Parlament die Vorschriften „zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens“ reformiert.

Ursprünglich hatte Willy Brandt, in seiner Jugend selbst ein radikaler Linker und heute Vater von zwei Söhnen mit Apo-Touch, eine schnelle und vorbehaltlose Verkündung der Straffreiheit für die zumeist jugendlichen Delinquenten befürwortet, die mit den hundertjährigen Gesetzen gegen „Auflauf“, „Aufruhr“ und „Landfriedensbruch“ in Konflikt geraten sind.

Doch schon Ende November, als der Straferlaß zum erstenmal auf der



Amnestie-Gegner Schmidt
„Kameraden!“



Frankfurter Demonstranten-Prozeß*: „Nur noch leeres Stroh“

Tagesordnung des Bundeskabinetts stand, hatten Justizminister Gerhard Jahn sowie seine Ministerkollegen Georg Leber (Verkehr) und Helmut Schmidt (Verteidigung) mit autoritären Argumenten und juristischen Formalismen versucht, die Amnestie bis zur Neufassung des Demonstrationsrechts im Frühsommer 1970 hinauszuzögern.

Der an straffe Organisation gewohnte frühere Gewerkschaftschef Leber plädierte für eine strenge Disziplinierung der Aufsässigen, Bundeswehr-Oberbefehlshaber und Reservehauptmann Schmidt verfiel in Kasinoton: „Kameraden, hier im Kabinett sitzt keiner, der wie ich Innenminister war und die Polizei geleitet hat.“

Um seine liberalen Ministerkollegen gegen vermeintliche Schlappheit zu impfen, klotzte Scharfmacher Schmidt: „Während wir hier reden, hauen die in Kiel dem Rektor in die Fresse und schießen im Gerichtssaal auf den Tisch.“ Brandt, aktiver Zivillist und juristischer Laie, beugte sich schließlich dem Einspruch seiner Ressortminister.

Schmidt riet daraufhin seinem Kanzler, der deutschen Protestjugend in einer Weihnachtsansprache zwar eine Amnestie für das kommende Jahr in Aussicht zu stellen, zugleich aber Schülern und Studenten den Sinn für Zucht und Ordnung zu schärfen.

Kanzler Brandt griff den Gedanken des Jugend-Appells auf, mochte freilich keinen Tagesbefehl à la Schmidt erlassen. In netter Form, so entschied der Kanzler, werde er Deutschlands Jungbürger mit einer Goodwill-Adresse ansprechen.

Grippekrank im Bett, schrieb er einen ersten Rede-Entwurf seines Presse-Staatssekretärs Conrad Ahlers für die Kabinettsitzung am Donnerstag vorletzter Woche um. Dort brachte Ordnungsfreund Leber neue Bedenken vor: „Wir können doch nicht nur den Studenten eine Amnestie versprechen; wir müssen auch an die Polizisten denken, gegen die Strafverfahren anhängig sind.“ Der Regierungschef akzeptierte auch diesen Vorschlag.

Schließlich einigte sich die Ministerrunde darauf, den erneuten Aufschub der Amnestie mit wohlklingenden Bekenntnissen zur Hochschul- und Bildungsreform zu kaschieren.

Zwar erhielten die Referenten des Justizministeriums inzwischen den Auftrag, einen Amnestie-Gesetzesentwurf auszuarbeiten, aber noch am Dienstag letzter Woche mochten Gerhard Jahn Ministerialbeamte nicht voraussagen, wann sie ihr Arbeitsergebnis vorlegen können.

Die rechtspolitische Problematik der Bonner Amnestie-Vertragung enthüllte am Montag letzter Woche der Frankfurter Landgerichtsrat Heinrich Bekker. Im „Rädelsführer“-Prozeß gegen die SDS-Studenten Karl-Dietrich Wolff, Hans-Jürgen Krahl und Günther Amendt forderte Becker die Staatsanwaltschaft auf, einer Einstellung des Verfahrens zuzustimmen — um der Gefahr zu entgehen, „nur noch leeres Stroh zu dreschen“. Die Taten der Angeklagten würden später sowieso unter „die mit Sicherheit zu erwartende Amnestie“ fallen.

MINISTER

ARENDT

Schatten in der Bilanz

Der Lehrhauer und neue Bundesarbeitsminister Walter Arendt, 44, führte sich in Bonn als „Schattenminister“ ein. Arendt: „Ich trete für jene ein, die im Schatten stehen.“ Schon nach zwei Monaten Amtszeit muß der Minister sich sorgen, daß er selbst in politisches Dunkel gerät.

Der Kandidat für die Nachfolge des gewiegten CDU-Sozial-Taktikers Hans Katzer hatte bei der Kabinettsbildung über zwei erfahrene Konkurrenten triumphiert: den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Professor Ernst Schellenberg, und den früheren DGB-Landesbezirksvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Wilhelm Haferkamp, Mitglied der EWG-Kommission in Brüssel.

Die endgültige Entscheidung, ob Haferkamp oder Arendt, hatte Brandt den Gewerkschaften überlassen, weil er ihnen für zweierlei Verzichtspolitik Genüge tun wollte: für die der FDP

* Auf der Anklagebank die SDS-Führer Karl-Dietrich Wolff (l.), Günther Amendt (hintere Reihe, Mitte) und Hans-Jürgen Krahl (r.).

geopferte paritätische Mitbestimmung aller Arbeitnehmer in Großbetrieben und eine von SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller aus Rücksicht auf die Konjunktur abgelehnte expansive Lohnpolitik.

Die DGB-Oberen empfahlen den gelernten Bergmann und späteren Chef der IG Bergbau und Energie, Walter Arendt.

Doch gerade der ehemalige Kumpel-Chef erwies sich als routinierter Kostensteigerer. Erst winkte er den Rentnern mit einem Weihnachtsgeld (geschätzte Kosten noch 1969: etwa eine Milliarde Mark), das ihm sein eigener Parteifreund und Finanzminister Alex Möller wieder ausreden mußte. Dann schlug er, um die geprellten Pensionäre zu besänftigen, die Streichung ihres erst 1968 eingeführten Beitrages zur Krankenversicherung vor (Kosten bis 1985: 20,6 Milliarden Mark). Nun predigt er das flexible, also vom Arbeitnehmer selbst zu bestimmende Rentenalter (Kosten bis 1985: 403 Milliarden Mark).

„Dem Genossen aus dem Kohlenpott“, so spötelte die „Zeit“ nach Arendts erster Weihnachtsgeld-Initiative, „spielte das soziale Gewissen einen Streich.“ Der Minister nach dem Scheitern seiner Rentner-Bescherung Anfang November zum SPIEGEL: „Ich bin ja noch so unerfahren.“

Wochen später hatte Walter Arendt noch nicht viel dazugelernt. Seine Gratis-Krankenversicherung für Rentner stimmte er ebensowenig wie das fixe Weihnachtsgeld mit dem Sozialbeitrag des Arbeitsministeriums ab. Dessen Vorsitzender Professor Dr. Helmut Meinhold begehrte erst auf, ließ sich dann aber von Arendts Abteilungsleiter für Grundsatz und Planung Dr. Alfred Christmann mit der Versicherung besänftigen, das Ministerium habe nicht „aus Bosheit gehandelt, sondern den Sozialbeitrag nur vergessen“.



Arbeitsminister Arendt
„Ich bin ja noch so unerfahren“